

**Frau
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

**Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin**

Mannheim, den 29.07.2020

**Betr.: K 202 137/20
Mein Brief vom 17. Juni 2020**

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin,

am 24.03.2020 hatte ich mich als Vorsitzender der „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) per e-mail über Ihre Kontaktplattform an Sie gewandt. Unmittelbarer Anlass war Ihre Fernsehansprache anlässlich des Pandemieausbruchs gewesen.

Nach mehrfachen Nachfragen über *www.bundestkanzlerin.de* erhielt ich am 16.06.2020 von der Poststelle des Bundeskanzleramtes die Aufforderung, ich solle mein Anliegen schriftlich formulieren.

Das habe ich mit meinem per Post versandten Brief vom **17. Juni 2020** getan. Es war mir einen Genugtuung, dass sich ganz zufällig das Datum so ergeben hat.

Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, haben Ihre Sozialisierung in dem Staat erlebt, der sich sich dem Aufbau des Sozialismus verschrieben hatte. Wie auch wir, die ehemaligen DDR-Flüchtlinge. Wir haben uns dem Aufbau des Sozialismus widersetzt und haben unsere Einstellung per „Abstimmung mit den Füßen“ dokumentiert.

Kürzlich hatte ich ein Gespräch mit Prof. Horst Teltschik, ehemals Kanzleramtsminister im Kabinett Helmut Kohl.

Ich hatte Gelegenheit, ihn über die Demütigung der ehemaligen DDR-DDR-Flüchtlinge zu informieren, die ihnen nach der Herstellung der deutschen Einheit – und paradoxerweise gerade unter Berufung auf die deutsche Einheit – im wiedervereinigten Deutschland zugemutet wird.

Er war verwundert und riet mir, ich möge mich doch - immerhin handele es sich um ein grundsätzliches politisches Problem, das eine klar umrissene Personengruppe betrifft - an die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel wenden. Die habe doch sicherlich ein Gespür für

Probleme, die uns als DDR-Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller und aus politischer Haft freigeverkaufte umtreibt.

Ich konnte ihm entgegen, dass wir das seit 2011 bereits mehrfach getan haben. Aber Antworten hätten wir niemals bekommen.

Sein Unverständnis war echt: Der Bundeskanzler Helmut Kohl – dafür lege er seine Hand ins Feuer – hat jeden (jeden!) an ihn gerichteten Brief beantwortet. Er war verwundert, dass diese demokratische Gepflogenheit offenbar der Vergangenheit angehört.

Das Thema, das uns ehemalige DDR-Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller und aus politischer Haft freigeverkaufte Widerständler betrifft, ist eines, das Ihnen, sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, vorgetragen gehört.

Bitte geben Sie uns die Gelegenheit dazu. Es besteht Handlungsbedarf.

Im übrigen verweise ich auf meinen Brief vom 17. Juni 2020.

Mit vorzüglicher Hochachtung,



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)